

Geheimgremien

Öffentlichkeit und Transparenz sind Grundnahrungsmittel der Demokratie. Ohne sie sind informierte Bürgerinnen und Bürger nicht vorstellbar und ohne verlässliche Informationen gibt es keine vernünftige Entscheidung. Geheimhaltung widerspricht demokratischen Grundsätzen und gehört daher auf strikte, wohlbegründete Ausnahmen beschränkt. Im vergangenen Jahr sind stattdessen die Geheimgremien des Parlaments ausgeweitet worden.

Das Parlament, die Volksvertretung, wählt die Bundeskanzlerin, beschließt die Gesetze, hat die Hoheit über die Staatsausgaben und kontrolliert die Regierung. Unter der Großen Koalition hat das Parlament sich dieser Rechte selbst beschnitten. So wird etwa der 480-Milliarden-Bankenrettungsfonds betrieben, wie es die Banken mit ihren Investmentablegern in Steueroasen hielten – außerhalb der Bilanz und ohne jede wirkliche Aufsicht.

Seit langem nicht für die Öffentlichkeit bestimmt:

- der Verteidigungsausschuss tagt grundsätzlich geheim;
- das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst tagt geheim – aber auf Basis von Geheimdienst-Meldungen werden Kriege begonnen (der Irak-Krieg wurde mit einer nachweislichen Falschmeldung begründet, an deren Zustandekommen auch der BND beteiligt war);
- die Beratungen von Mitgliedern des Haushaltsausschusses über die Haushalte der Geheimdienste und andere für geheimhaltenswert befundene Informationen, die mit Ausgaben zusammenhängen, sind geheim.

Bankenrettung – Geheime Kommandosache

„Das Gremium tagt geheim“, so heißt es kurz und knackig in §10 des „Finanzmarktstabilisierungsgesetzes“. Das geheime Parlamentarier-Gremium soll dem „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) parlamentarischen Begleitschutz geben, jenem Fonds, aus dem für 480 Milliarden Euro Bürgschaften, Kredite und Direkthilfen an Banken vergeben werden können, für die im Falle eines Falles die Steuerzahler gerade stehen müssen. Das Gremium besteht aus neun Abgeordneten, sechs von der Koalition, einer von jeder Oppositionspartei. Neun Köpfe für Risiken von 480 Milliarden

Euro? Entscheidet dieses Geheimgremium wenigstens über die Mittel und ist verantwortlich zu machen? Mitnichten. Die Neun dürfen Fragen stellen, mit den Antworten aber nichts anfangen, nicht in die Vergabepaxis eingreifen oder mitbestimmen. Auf die Geheimhaltungspflicht folgte prompt die Entmachtung. In diesem Fall: Selbstentmachtung des Bundestages, denn das Gesetz wurde mit Koalitions-Mehrheit so beschlossen. Über eine Summe im doppelten Umfang des Bundeshaushaltes will die parlamentarische Mehrheit nicht mitentscheiden. Die Entscheidungsgewalt überträgt es der „Finanzmarktstabilisierungsanstalt“ bei der Deutschen Bundesbank und einem ministerialen „Lenkungsausschuss“ unter Fach- und Rechtsaufsicht des Bundesfinanzministeriums, in dem Kanzleramt, Wirtschafts-, Finanz- und Justizministerium mit Staatssekretären bzw. Abteilungsleitern vertreten sind.

Ein weiterer Fonds mit 115 Milliarden Euro (75 Mrd. Euro Bürgschaften, 50 Mrd. Euro Kredite) wurde für Unternehmen geschaffen, die durch die Finanzkrise in Not geraten sind. Auch dieser „Wirtschaftsfonds Deutschland“ prüft und entscheidet jenseits des Parlaments. Dem „Lenkungsausschuss“ in obiger Besetzung arbeitet bei größeren Summen ein „Lenkungsrat für Unternehmensfinanzierung“ zu, der aus drei Unternehmern, einem Ex-BDI-Präsidenten, dem Vorsitzenden der Chemie-Gewerkschaft und einem Ex-Staatssekretär, der in die Energiewirtschaft „verschwand“, besteht.

Union und SPD haben die Verfügungsgewalt über rund 600 Milliarden Euro in die Hände einiger weniger Fachmänner gelegt, die sich gegenüber keiner Volksvertreterin verantworten müssen. Das Parlament wird dann mit den Folgen befasst – wenn die realen Kosten geplatzter Hilfen, Kredite und Bürgschaften aus den Fonds in Haushaltseinsparungen verwandelt werden müssen. Faktisch hat sich die neoliberale politische Elite eine Kriegskasse geschaffen, mit der sie in Not geratene Angehörige der neoliberalen wirtschaftlichen Elite aus der Patsche helfen kann. Die angebliche „Systemrelevanz“ führt nicht nur zur Rettung maroder Banken, sondern auch zur Aushebelung elementarer demokratisch-parlamentarischer Rechte. Banken vor Demokratie? – Nicht mit der LINKEN!

Redaktionsschluss: 8. September 2009